

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Kegelblatt Riefa.  
Gesamt Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Riefa, sowie des Gemeinderats Riefa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Groschasse Riefa Nr. 52.

Nr. 7.

Dienstag, 9. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die  
Stumme des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für  
die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 80.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 10.— Mark. Besondere Tarife  
Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtung! Unterzahlungs-  
beiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen —  
hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Panzer & Winterlich, Riefa.  
Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Die Maul- und Klauenseuche bei dem Gutsbesitzer Robert Riffe in Seitzhain ist  
erloschen. Seitzhain scheidet aus dem Sperr- und Beobachtungsgebiet aus. Köderrau,  
Moritz, Glaubitz mit Langenberg, Truppenplatz Reitzhain, Wopitz, Leutenich scheidet aus  
dem Beobachtungsgebiete aus. Die getroffenen Maßnahmen erliegen sich. Im Schutts-  
gebiet bleiben nur noch die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Riefa, soweit sie zur Amts-  
hauptmannschaft Großenhain gehören.  
Großenhain, am 8. Januar 1923. 1863 Z. I. Amtshauptmannschaft.

## Die Lösung der Hengste

aus den Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Riefa durch den Kaufschuß findet  
Montag, den 15. Januar 1923, vormittags 11 Uhr  
in Riefa an der Behausung, Bahnhof Wühlitz, statt.  
Großenhain, am 8. Januar 1923. 681 Z. I. Amtshauptmannschaft.

Der Kleinhandelspreis für Wundwäcker, welcher für die Versorgungszeit vom 1. bis  
15. Januar ausgeben worden ist, wird für den Bezirk der Amtshauptmannschaft  
pro Pfund wie folgt festgelegt:

Reibis und Raffinade	840 Mt.
Wundwäcker, Lompen und Brots	850 "
Wundwäcker	860 "

Großenhain, am 8. Januar 1923. IX Z. Der Kommunalverband.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: Blatt 241, die Firma  
Ernst Wille in Riefa betr.: Der Mitinhaber Wille ist ausgeschieden, die Handelsgesell-  
schaft ist aufgelöst, das Handelsgeschäft wird von dem alleinigen Inhaber Peter unter der  
bisherigen Firma fortgesetzt; Blatt 16, die Firma Johann Carl Schön in Riefa betr.:  
Der Kaufmann Carl Seeger in Riefa ist in das Handelsgeschäft eingetreten. Die Gesell-  
schaft hat am 1. Januar 1923 begonnen; Blatt 5, die Firma Ferdinand Müller in

Riefa betr.: Der Kaufmann Bernhard Kurt Müller in Riefa ist in das Handelsgeschäft  
eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen; Blatt 641, die Firma  
Erhardt Klemm in Riefa und als deren Inhaber der Kaufmann Bruno Erhardt Klemm  
in Riefa. Anna, Reichsstraße 12; Handelsgebäude in Großenhain und Vertretungen für  
Lebensmittel, Weine und Spirituosen.  
Amtsgericht Riefa, den 8. Januar 1923.

## Angestelltenversicherung.

Die Beiträge für die Angestelltenversicherung sind für die Zeit vom 1. Januar  
1923 an durch Marken zu entrichten.  
Jeder Versicherte muß sich eine neue Versicherungskarte ausstellen lassen.  
Wir fordern daher die der Angestelltenversicherung unterliegenden Personen auf, sich  
in der Zeit vom

10. Januar bis mit 23. Januar 1923 vorm. zwischen 8—12 Uhr  
bei der unterzeichneten Ausgabe stelle — Rathaus Zimmer 11 —  
jeweils Ausstellung der neuen Versicherungskarte einzufinden. Die bisherige Versicherungs-  
karte ist mitzubringen. Wer eine solche noch nicht besitzt, muß sich ausweisen.  
Der Verkauf der Marken der Angestelltenversicherung erfolgt nur durch die  
Postämter.

Riefa, den 9. Januar 1923.  
Der Rat der Stadt Riefa — Versicherungsamt — als Ausgabe stelle  
der Angestelltenversicherung. Ein.

Die Auszahlung der Sozialrentnerunterstützung erfolgt am Donnerstag, den  
11. Januar 1923, vorm. 10—12 Uhr, im Gemeindeamt, Zimmer 14.  
Großenhain, am 8. Januar 1923. Der Gemeindevorstand.

## Der Gewalt beugen wir uns nicht.

Reichskanzler Dr. Cuno empfing gestern vor-  
mittags die Berliner Vertreter der amerikanischen Delegationen  
und gab ihnen folgende Erklärung ab: Die  
alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Be-  
ratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge  
nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich  
nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von  
neuem aufgeschoben. Frankreich schließt sich dem Ver-  
such an, seine Ansprüche im Wege des Zwanges  
und der Gewalt durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein,  
als ob man in einigen französischen Kreisen wirklich glaubt,  
durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns zu  
erhalten. Ich habe schon in meiner Damurger Rede  
gesagt, daß jede Zwangsmäßnahme den Tod der wirt-  
schaftlichen Reparation bedeuten würde. Das kann ich  
heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen.  
Denn so sehr wir bereit waren und es auch heute noch  
sind, freiwillig und geflüßt auf unsere Wirtschaft mit  
unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaft-  
lichen und finanziellen Kräfte zu gehen, so wenig sind  
wir willens, uns irgend einem Zwang zu  
beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung  
des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir  
haben damit das Unrige getan. Wir sind zum Frieden  
bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß,  
ebenso entschlossen den Weg des Lebens gehen. Unter  
Trost und Trohungen werden wir nicht handeln. Wir  
sind der Gewalt nicht mit Gewalt entgegen. Was  
wir aber in voller Entschlossenheit tun können, das ist,  
die wirtschaftliche Unterwerfung und die Hilflosigkeit des  
französischen Vorgehens der Welt in ihrem wahren Lichte  
zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt. Frankreich verurteilt die  
geplante Aktion mit dem Scheitern des Rechts zu umkleiden,  
indem es von Sanktionen und Pfändern spricht, die in  
den Bestimmungen des Vertrages von Versailles ihre  
Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles,  
so ungeheuerlich er auch ist, geht nicht so weit, den All-  
ersten beliebige Eingriffe auf deutschem Gebiet zu gestatten.  
Zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Ver-  
trage, namentlich zur Sicherung der Reparationsforderungen, hü-  
ten die Alliierten für eine bestimmte Zeit die Rhein-  
abseits, eine Garantie, wie sie früher und bedenklicher wohl  
in keinem Friedensvertrag zwischen Kulturvölkern fest-  
gesetzt worden ist. Wenn Frankreich auf eigene Faust noch  
weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht  
in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Ab-  
kommens halten will, oder wenn es sogar seine Hand über  
das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet  
legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertrag-  
lichen Rechtes, sondern es ist Vertragsbruch und Gewalt  
gegen ein wehrloses Volk.

## Ministerbesprechung in Berlin.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers  
eine Ministerbesprechung statt, in der die Möglichkeiten,  
die sich aus der Befragung des Ruhrgebietes für Deutsch-  
land ergeben könnten, erörtert wurden. Einmütig sei die  
Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen, daß die von Frank-  
reich vorbereitete Aktion als Bruch des Versailler Ver-  
trages angesehen werden müßte. Welche Maßnahmen die  
deutsche Regierung treffen werde, bleibe abhängig von dem  
Umfange des französischen Vorgehens. Die Reichsregierung  
ist sich im klaren, daß die nächsten Tage dem deutschen  
Volke und seinen Vertretern Entscheidungen von außer-  
ordentlicher Tragweite auferlegt werden. Sie ist aber  
durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Opferwille  
des deutschen Volkes eine starke Front im Innern aufrechten  
wird, die gegen die gewalttätigen Uebergriffe Frankreichs  
notwendig ist. — Einmütig der parlamentarischen Wege  
schreiben die Blätter, daß die Parteien des Reichstages von  
rechts bis links bei der Abwehr des französischen Vorgehens  
einmütig hinter der Regierung stehen werden.  
Die Berliner Blätter schreiben zur Ankündigung der  
französischen Presse, daß die Pariser Regierung nach der  
Befragung des Ruhrgebietes in unmittelbare Verhandlungen  
über das Reparatoren mit der deutschen Regierung  
eintreten wolle. Die Befragung des Ruhrgebietes sei das un-  
erwartete Wortwort für die Befragung einer unmittelbaren

Ausdrucks. Sonderverhandlungen mit Frank-  
reich über die Reparationsfrage seien für  
die deutsche Regierung eine Unmöglichkeit,  
da laut Friedensvertrag nur die Gesamtheit der Alliierten  
als Verhandlungspartner in Betracht komme. Gegen eine Be-  
setzung des Ruhrgebietes, die eine Verewaltung des Versailler  
Vertrages wäre, habe das unbesetzte Deutschland kein  
anderes Mittel, als das des Protestes, von dem es auch  
Gebrauch machen werde. Im übrigen hoffe man, daß  
Frankreich sehr bald zur Einsicht kommen werde, daß be-  
tragsvolle Gewaltmittel am allerwenigsten geeignet sei, Re-  
parationen zu erhalten und die zerstörten französi-  
schen Gebiete wieder aufzubauen. Nach Redungen aus dem  
Ruhrgebiet steht man dort mit Trauer und Befürchtung dem  
Kommenden entgegen. Deute nachmittags soll in einer  
Ministerbesprechung die Haltung Deutschlands zu dem  
drohenden Gewaltakte Frankreichs erörtert werden.  
Auch „Tageblatt“ beschäftigt sich die Symp-  
tomanisation der Gewerkschaften mit dem  
Plan, gegen einen Einmarsch der Franzosen gemeinsam  
große Kundgebungen zu veranstalten, in denen die drei  
aller Gewerkschaftsleitungen ohne Unterschied der Par-  
teien sprechen sollen.

## Vor der Entscheidung der Reparations- kommission.

Gestern nachmittags hat die Reparationskommission in  
einer öffentlichen Sitzung über die deutschen Kohlenliefe-  
rungen verhandelt und sich nach Anhören der deutschen Ver-  
treter auf heute vormittag verlegt, um dann noch einen  
heute eintreffenden Vertreter des deutschen Kohlenhandels  
zu hören. Die Zeit für die deutschen Erklärungen soll stent-  
lich kurz bemessen werden, sobald die Kommission noch heute  
vormittag beraten und in der gleichen Sitzung eine Ent-  
scheidung treffen kann. Von deutscher Seite nahmen gestern  
unter Führung des Vorsitzenden der Kriegskostenkommission  
Staatssekretär Fischer je ein Vertreter des Wiederanbau-  
ministeriums, des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustiz-  
ministeriums, der Kriegskostenkommission und zwei Ver-  
treter der Reichskohlenkommission teil.

Neuer zufolge dürfte Frankreich, falls heute die Re-  
parationskommission einen vorläufigen Bezug Deutschlands  
in den Kohlenlieferungen feststellt, die Welt bereits vor dem  
9. Januar vor eine vollendete Tatsache stellen.  
Aus Paris wird weiter gemeldet: Vor der Reparations-  
kommission legte ein Vertreter des Reichskohlenkommissars,  
unterstützt durch Astenmaterial, die Anforderungen der deut-  
schen Regierung zur Lieferung des vollen Maßes der ge-  
forderten Kohle- und Kohlenmengen dar und die Ursachen,  
die dies verhinderten. Die deutschen Delegierten hätten von  
vorneherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Re-  
parationskommission bei Festlegung der Lieferungsprogramme  
vielleicht die Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenzechen  
übersehen haben. Die Kohlenlieferungen hätten die Grenze  
dessen dar, was mit der deutschen Wirtschaft vereinbar sei.  
Die Prognostik der Unterlieferungen seien gering. Frank-  
reich habe vielfach die angebotenen Kohlenmengen unberech-  
tigt zurückgewiesen. Die offiziellen Ziffern der französischen  
Delegation werden angezweifelt. Deutsche und französische  
Sachverständige suchen augenblicklich die Differenzen der  
beiderseitigen Ziffern zu klären. Heute vormittag soll der  
gesamte Laibstand von deutscher Seite einer juristischen  
Würdigung unterzogen werden.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung der Reparations-  
kommission hat Bradbury Dadas zufolge zu englischen Jour-  
nalisten geäußert, er habe sich nach den bisherigen Erklä-  
rungen der deutschen Vertreter noch keine feste Meinung  
bilden können. Er werde die weiteren Ausführungen in der  
heutigen Sitzung abwarten.

## Ein Telegramm Lloyd Georges.

Lloyd George hat aus Rom in Spanien ein Telegramm  
an „Daily Chronicle“ und „Daily Telegraph“ geschickt,  
worin er Bonar Law zu seiner Haltung auf der Pariser  
Konferenz beglückwünscht und die Gefahr darlegt, der Europa  
durch die Reparationspolitik Poincarés ausgeht werde.  
Es gebe keinen Finanzmann von Ruf in irgend einem Teile  
der Welt, der der Ansicht sei, daß die von Frankreich ge-  
plante Methode den Alliierten irgend etwas einbringen  
werde. Diese Methode fordere nicht das Geld, sondern den

Zusammenbruch. Die von Poincaré geforderten Pfänder  
würden nicht einbringen, was mit den Kosten der Ein-  
ziehung vergleichbar wäre. Sie würden Unordnung und  
Erregung hervorrufen und könnten sehr ernste Folgen  
haben. Sie beläuterten nicht als Papier und Herausforderung.  
Die Ausfichten auf Wiederherstellung Europas würden von  
neuem vergrößert durch die eitle Selbstherrlichkeit einiger seiner  
Herrscher.

## Die französischen Vorbereitungen.

Aus Offen wird gemeldet: Offen ist bisher von den  
Franzosen nicht besetzt worden. Auch ist von einem Vor-  
marsch nichts zu bemerken. Die Berliner Blätter bringen  
eine Reihe von Meldungen aus Westdeutschland über  
französische Vorbereitungen zum Vormarsch. So seien  
französische Truppen schon im großen Umfange an den  
Grenzen des besetzten Gebietes namentlich nach dem Ruhr-  
gebiet hin vorgezogen worden. In den Lokalen der Be-  
satzungsstruppen in Düsseldorf herrsche steter Friede.  
Auf den Straßen zeigen sich zahlreiche Panzerautos und mit  
Soldaten besetzte Kraftfahrzeuge. Ganz demontiert die  
Blättermeldung von der Rekrutierung einer Abteilung von  
Eisenbahnern der Staatsbahnen, die bei Zwangsmaßnahmen  
auf deutschem Gebiet verwendet werden sollen. Sani dem  
Abendblatt „Paris“ sind neun Divisionen für die Befreiung  
des Ruhrgebietes bereitgestellt. Wahrscheinlich würden aber  
zwei Divisionen durch belgische Besatzungsdivisionen er-  
setzt werden. Die Truppen einiger Armeekorps im Nord-  
osten Frankreichs würden wahrscheinlich in die Garnisonen  
der nach dem Ruhrgebiet rückenden Truppen einziehen.  
„Action Française“ verlangt seit einigen Tagen ein scharfes  
Vorgehen gegen alle Franzosen, die mit der Ruhrbesetzung  
nicht einverstanden sind und dies in der Öffentlichkeit zum  
Ausdruck bringen.

„Journal des Debats“ berichtet aus Brüssel, der ameri-  
kanische Botschafter habe gestern eine längere Unterredung  
mit dem Außenminister gehabt, die sich vor allem auf das  
Vorgehen der belgischen Regierung bei der Durchführung  
der Sanktionen bezogen habe. In Belgien wird, wie ge-  
meldet wird, gegenwärtig eine Truppenabteilung in Bereit-  
schaft gesetzt, die an den Operationen im Ruhrgebiet teil-  
nehmen soll. Neue Jahrgänge werden nicht einberufen  
werden. Ministerpräsident Theunis wird wahrscheinlich  
namentlich der Regierung morgen in der Kammer eine Er-  
klärung abgeben.

Die Londoner Blätter heben die Ungewissheit bezüglich der  
französischen Vormarschpläne hervor, verweisen aber auf die  
stieberhafte Elle bei den Vorbereitungen. Großes Aufsehen  
erregt der Sturz der Währungen, namentlich der Mark und  
des Francs. Wie der Londoner Botschafter der Agence  
Havas mitteilt, würden bestimmte von Frankreich beab-  
sichtigte Maßnahmen gegen Deutschland in England ansiehend  
nicht ohne Vorbehalt ausgenommen werden. Die englische Re-  
gierung könne allerdings z. B. noch nichts Bestimmtes er-  
klären, da ihr amtliche französische Mitteilungen nicht vor-  
lägen und sie von den in Rede stehenden Maßnahmen nur  
durch Meldungen der Pariser Zeitungen Kenntnis erhalten  
habe.

## Bruders-Rang kommt nach Berlin.

„Berliner Tageblatt“ trifft der deutsche Botschafter  
in Moskau, Graf Bruders-Rangau, in Kürze in Berlin  
ein, um dem Reichskabinett über seine bisherigen Er-  
fahrungen in Russland Bericht zu erstatten.

Aus Göttingen wird eine Meldung verbreitet, daß die  
Sowjetregierung für den Fall der Befreiung des Ruhr-  
gebietes beabsichtige, die in Sowjetrußland befindlichen An-  
gehörigen der Ententestaaten zu internieren. Direkte Nach-  
richten aus Moskau bestätigen, daß diese Nachricht in allen  
Teilen frei erkunden ist. Auf die damit verfolgte tendenziöse  
Absicht braucht nicht weiter hingewiesen zu werden.

## Die deutsche Antwort auf die französische Denkschrift.

Die französische Presse veröffentlichte eine Denkschrift der  
französischen Regierung über die deutschen Sachlieferungen,  
die den Nachweis erbringen sollte, daß Deutschland bei den  
Sachlieferungen eine absichtliche Verweigerung sich habe